

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1896**

89 (16.4.1896) II. Blatt

Ausgabe: Wöchentlich zwei Mal. Abonnementpreis: Vierteljährlich: in Karlsruhe durch die Expedition bezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht: 3 Mark 80 Pf., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 80 Pf. Vorausbezahlung.

# Badische Landeszeitung.

Anzeigengebühr: Die Spaltige Kolonelle über deren Raum 20 Pf., im Restamentheile 60 Pf. Bemerkungen: Unbenutzt gebliebene Einblendungen werden nicht aufbewahrt und können nachträgliche Honorar-Ansprüche keine Berücksichtigung finden.

Nr. 89. II. Blatt.

Karlsruhe, Donnerstag, den 16. April.

1896.

## Badischer Landtag.

Karlsruhe, 15. April.

75. öffentl. Sitzung der 2. Kammer. Staatsminister Dr. Koll, Geh. Rat Arnberger, Geh. Ob.-Reg.-Rat Scherer. Präsident Günner eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr und giebt bekannt, daß neue Eingaben nicht eingelaufen sind. Das Haus tritt ein in die Fortsetzung der Beratung des Berichts des Abg. Fieser über das Budget des Groß- Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts. Titel 9 und 10 der Ausgaben und Titel 3 der Ausgaben.

Abg. Fieser kommt auf einige Bemerkungen des Abg. Kopf in der gestrigen Sitzung zurück und legt in ausführlicher Weise die Verhältnisse des Unterrichtsbudgets dar. Die Ausgaben betragen 18 Millionen, die Einnahmen 10 Millionen Mark. Das ist ein Aufwand, der groß ist, der aber unsere Kräfte nicht übersteigt und der gern getragen wird, denn es handelt sich hier um unsere Erziehungsanstalten und um die Erziehung des Volkes in allen Klassen, also um ein Institut, welches den Stolz unseres Landes bildet. Wenn wir aber unser Schulwesen in solcher Weise sehen, in einer Weise, welche fast den Reiz anderer Länder erregt, so soll bei dieser Gelegenheit auch anerkannt werden, daß wir dies in erster Linie dem derzeitigen Leiter des Kultusministeriums zu verdanken haben, der allen Gebieten die gleiche Liebe und Aufmerksamkeit zuwendet. Die Fortschritte, die wir gemacht haben, werden allgemein anerkannt und in allen Kreisen des Volkes ist die Ansicht vorhanden, daß wir auf der einmal betretenen Bahn weiterzueilen müssen. Daß der Aufwand für unsere Universitäten, wie vielfach behauptet wird, kein unerschwingliches höher ist, geht aus einer dem Minister vorgelegenen Statistik über den Aufwand für die gesammten Universitäten Deutschlands hervor. Der Gesamtanwand betrug im Jahre 1892 und 93 Millionen Mark, das ist durchschnittlich für jede deutsche Universität die höchste Ausgabe bisher 800 000 Mark. Es liegt also klar, daß wir schon jetzt, es unerschwingliche Kosten nicht sind, welche wir in dieser Hinsicht tragen; daß die Ausgaben hohe sind, ist eben daraus zurückzuführen, daß wir 2 Universitäten haben. Da dies nun aber der Fall ist, möge die Kammer wie die Regierung darauf bedacht sein, daß in diesem Punkte mit der Steuerkraft des Volkes sehr vorsichtig umzugehen und kein unnötiger Aufwand gemacht werde. Neben verbreitet sich jedoch über die Finanzfrage. Bei uns in Baden ist hier ja schon ein Schritt vorwärts gemacht, aber es möchte doch an den Kultusminister das Ersuchen richten, in der Regelung dieser Frage noch weiter zu gehen, da bezüglich des Einkommens der Professoren Wünsche und Ungleichheiten vorliegen, welche beseitigt werden müssen. Alles in Allem dürfte er sagen, wenn wir die Ausgaben, welche hier gefordert werden, auf uns nehmen, thun wir ein gutes Werk und handeln im Interesse des Volkes. Er stimmt dafür in dem Bewußtsein, daß diese Ausgaben gut angewendet werden und daß sie notwendig seien. Neben polemisiert jedoch gegen die gestrigen Redner vom Centrum. Es sei gewiß sonderbar, daß die Angriffe gegen die Universitäten ganz dieselben seien, wie sie vor kurzer Zeit in der badischen Kammer bei Beratung des Kultusbudgets erfolgten. Er lese hierbei von dem Abg. Jug ab, aber wie und was der Abg. Kopf geäußert habe, diese Art und Weise veranlasse ihn zu erklären, daß er diejenige Partei für derartige Forderungen niemals zu haben je und daß er dieselben immer ablehnen werde. Man sage auf der gegnerischen Seite immer nur, die Universität Freiburg sei stiftungsgemäß eine katholische Universität, überste aber jemals, daß der badische Staat durch seine Ausgaben die Universität derartig gefördert hat, daß sie zum Segen des Landes und auch zum Segen der Stadt Freiburg geworden sei. Mit dem stiftungsgemäß katholisch möge man uns deshalb fernhalten, als mit einer Bezeichnung, die rechtlich auch gar keinen Wert hat. Wenn es um gerechte Forderungen seitens des Centrum handelte, so habe sich seine Partei stets entgegenkommend gezeigt, aber wir bewilligen Forderungen nicht, die darauf hinauslaufen, die Aneignung der Wissenschaft im Interesse einer einseitigen Priesterherrschaft herbeizuführen. Die volle, ungehinderte Freiheit der Wissenschaft hat die Universität groß gemacht und so groß wollen wir sie uns auch erhalten. Die Fortschritte eines Darwin u. s. w. bilden für die katholische Kirche keine Gefahr, ja er behauptet, die katholische Kirche sei schon in größerer Gefahr gewesen und unterjocht geblieben. Unerwünscht würde die breite Masse des Volkes durch die Lehren genannter Forscher nicht benutzigt, denn diese Lehren bringen nicht in die große Masse. Wir wollen nicht wieder für Freiburg eine Zeit, da, wie dies früher der Fall war, dort 300 Studenten und von diesen 300 mindestens 200 Theologen sind. Freiheit der Wissenschaft, der Lehre und des Unterrichts haben die Universität Freiburg groß gemacht. Diese Freiheit, die wir einst errungen, verteidigen wir jetzt, so schloß der Redner, ihnen gegenüber und werden es immer thun, dieselbe Freiheit, die sie stets im Munde führen, aber nie betätigen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Wader wäre versucht, sofort auf die Ausführungen Fiesers zu antworten, möchte sich aber erst gegen die Ausführungen Arnbergs in geistiger Stimmung wenden. Er greift Arnbergs Rede hervor an und hebt hervor, daß er mit den gestrigen vom Abg. Wogbold dargelegten Ansichten der Schule fast in allen Punkten übereinstimme. Der Redner würde hier wohl andere Beispiele über das Volksschulwesen vorbringen, wenn er nur einmal ein halbes Jahr das Amt eines Lehrers inne hätte. Er sei der Ansicht, daß ein Volksschullehrer nicht über seinen Stand hinauswachsen dürfe. Stehen diejenigen, die Volksschullehrer sind und noch werden wollen, nicht auf diesem Standpunkt, so mögen sie sich andern Fächern zuwenden. Redner wendet sich dagegen, daß man Internat und Kloster immer als Gefängnisse hinfühle; gerade diejenigen, die hierüber am meisten schreiben, lassen oft genug ihre Kinder in derartigen „Gefängnissen“ erziehen. Mit den Ausführungen Fiesers über die finanziellen Punkte bezüglich der Ausgaben für den Unterricht sei er einverstanden, auch seine Partei habe kaum etwas gefordert. Wenn dies der Fall ist, dann möge man aber auch dafür sorgen, daß begründete und berechtigte Forderungen seiner Partei die gebührende Berücksichtigung finden. Was nun aber den zweiten Punkt in der Rede Fiesers betrifft, so müsse er annehmen, daß Herr Fieser hier schlecht unterrichtet sei. Diefelbe habe hier von einem zielbewussten Vorgehen an allen Orten gesprochen und dabei auch auf die Verhandlungen in der badischen Kammer hingewiesen. Er erkläre sich hiermit, daß er von den Verhandlungen in der badischen Kammer keine Zeile gelesen. Ebenfalls kann er bestimmt behaupten, daß das Centrum der Unterrichtsfrage keine Zähne nachgewiesen habe. Eins aber habe die Vorlage gezeigt, daß die Zeit noch nicht gekommen sei, da man gemeinsam den Kampf für den Glauben und gegen den Unglauben aufnehmen könne. Herr Fieser trete sich auch, wenn er annehme, das Centrum wolle die Theologie auch in andere Fakultäten hineintragen. Der von Abg. Fieser gemachte Vorwurf der Priesterherrschaft sei vollständig unbegründet. Abg. Kopf habe nicht gesagt, Freiburgs-Universität sollte stiftungsgemäß katholisch sein, sondern nur sie sei stiftungsgemäß katholisch, und darauf werde man wohl noch hinweisen dürfen. Die Universität Freiburg zu katholisieren, wie Fieser gemeint habe, sei nicht die Absicht des Centrum, das wäre unter den jetzigen Umständen eine zweck- und ergebnislose Bemühung. „Wir verlangen nichts, als angemessene Rücksicht auf die Parität. Die ursprünglich katholische Universität Freiburg ist im Laufe der Zeit zu einer katholischen und zu einem Hauptplatz für den stillen und lauten Kampf gegen den Katholizismus umgeschaffen worden. Und die Unterrichtsverwaltung, an deren Spitze der verehrte Herr Staatsminister steht, hat — ich will nicht sagen durch positive Arbeit — aber durch Geschehen-lassen wesentlich dazu beigetragen, daß die Universität Freiburg in ihren letzten Fakultäten — von der theologischen abgesehen — einen solchen Charakter bekommen konnte und vom katholischen Volk in dieser Weise beurteilt wird. Dem gegenüber erheben wir den Anspruch, daß an dieser ursprünglich katholischen und zu katholischen Zwecken ins Leben gerufenen Universität für den katholischen Teil, für die Dozierenden wie für die Lernenden, Licht und Luft in gleicher Weise verteilt wird, wie für die andern.“ Redner geht jedoch auf die Errichtung eines Lehrstuhls für Apologetik ein und stellt mit Rücksicht auf eine Aneignung des Abg. Fieser die Anfrage: Kann der Herr Minister in unserer Mitte verhindern, daß der Erzbischof zuerst oder mehr um den patriotischen Lehrstuhl sich bemüht hat, oder um den der Apologetik? Er glaube nicht unterrichtet zu sein, daß der Erzbischof ein dringlich gebeten habe, den Lehrstuhl für Apologetik zu errichten; könne dann auch der patriotische errichtet werden, so würde man das dankbar annehmen. Redner spricht eingehend über das Verhältnis der beiden Lehrstühle und richtet an das Haus die Bitte — von der Unterrichtsverwaltung verlangen er, daß sie auf

diesem Gebiete alles Erreichbare veranlasse, — die Zustimmung dazu zu geben, daß es mit den beiden Lehrstühlen so gehalten werde, wie der Erzbischof es wünsche. Redner geht jedoch auf die Fortsetzung ein, daß in Freiburg an der philosophischen Fakultät diejenige Philosophie vertreten sein müsse, die zwar nicht an das Dogma gebunden sei, aber als eine gottes- und christen- gläubige bezeichnet werden könne, die auf dem Boden des Glaubens an einen Gott stehe. — In der Frage der Besetzung des Lehrstuhls für Geschichte habe sich der Herr Unterrichtsminister getrennt nicht mit der wünschenswerten Bestimmtheit ausgesprochen; es wäre sehr erwünscht, wenn die in dieser Hinsicht vorhandenen Bedenken zerstreut würden. — In Sachen des Stipendienfonds bietet Redner dem Unterrichtsminister, eine genaue Enquete über die Frage des Bedürfnisses zu veranlassen. Er werde ganz gewiß zu dem Ergebnis kommen, daß die Stipendien nicht nach Bedürfnis verwendet werden. Eine richtige Verwendung sei aber gerade in unserer Zeit, wo die sozialen Verhältnisse so unvermittelt neben einander stehen, doppelt notwendig. Man sollte mindestens die Summe wieder verwenden, die früher zur Verfügung gestellt worden sei; er sei sehr überzeugt, daß der Herr Minister auf Grund einer Enquete selbst dem Hause eine Vorlage in der angegebenen Richtung machen werde. Redner schließt mit der patriotischen Versicherung, daß jeder gerecht denkende Mann seinen Ausführenden zustimmen müsse.

Staatsminister Dr. Koll: Er bedauere, dem Vordränger nicht Recht geben zu können, wenn er versichert, daß jeder gerecht denkende Mann seinen Ausführungen zustimmen müsse. Der Vordränger habe davon gesprochen, daß der Staat durch die Ausbildung der Theologen auf der Universität Freiburg staatliches Interesse daran, daß die Möglichkeit für gründliche wissenschaftliche Ausbildung der Theologen geschaffen werde, aber es sei doch nicht einzusetzen, wie der Staat, wenn er schließlich auf einen wissenschaftlich tüchtig gebildeten Klerus großen Wert legen müsse, damit Staatstitel nicht in die Hände der Ministerialbürokratie übergehen würde. Wir wollen lediglich im engen Einvernehmen mit dem Erzbischof die kathol. Fakultät in angemessener Weise ausbilden, das ist alles. Verwahrung legt der Minister jedoch gegen ein, daß unter Auflösung der Regierung ein stiller und lauter Kampf gegen den Katholizismus geführt werde. Einen „stillen“ Kampf wolle er nicht bekämpfen; derjenige, so still, daß gar niemand etwas davon merke. Wenn aber von einem lauten Kampfe gesprochen werde, hätte er doch erwartet, daß das Haus sich zu Begründung der Behauptung angehalten hätte; das sei aber vollständig zu vernachlässigen. In Freiburg werde endlich und energisch Wissenschaft getrieben, auf allen Seiten, aber es werde kein Kampf gegen den Katholizismus geführt. Wenn dies der Fall wäre, hätte man in Freiburg ganz gewiß nicht das collegium sapientiae gegründet, durch das man ja gerade auf weltlich wissenschaftlichem Gebiete gebildete Kräfte gewinnen wolle. Nach den Versicherungen des Herrn Vordrängers könnte man meinen, es sei in Freiburg für die Apologetik überhaupt nicht georgt, denn sei aber nicht so; vielmehr sei längst ein Lehrstuhl errichtet, was an anderen Universitäten noch nicht der Fall sei, und es handle sich nur darum, den Lehrstuhl in eine etatsmäßige außerordentliche Professur zu verwandeln. Die Regierung sei in dieser Angelegenheit durchaus fortreif nach den Wünschen der akademischen Behörden verfahren. Er habe auch in der Budgetkommission erklärt, daß das von Erzbischof in neuester Zeit gewünschte Extraordinariat für Apologetik im nächsten Budget beantragt werden soll. Er bezweifle nicht, warum man sich in dieser Sache so erregt, hinsichtlich der doch beide Teile das gleiche Ziel haben. Wenn der Antrag komme, das Extraordinariat jetzt schon zu errichten, so erkläre er, gewiß am Einverständnis mit dem Finanzminister, daß an den hierfür nötigen Ausgaben — es handle sich lediglich um das Wohnungsgeld und eine kleine Gehaltserhöhung — der badische Staat nicht zu Grunde gehen werde. Der Lehrstuhl für Patristik erhalte, sei noch eine offene Frage. Nur wenn er nochmals auf die philosophische Professur zurück, weil in dieser Sache viel mehr Eifer entwickelt worden sei, als sie hätte beanspruchen können. Der Erzbischof habe erst in neuester Zeit behauptet, daß der Vertreter der christlichen Philosophie in die philosophische Fakultät überzutreten solle. Die Regierung könne diesen Übertrag nicht ohne weiteres anordnen, ein solches Verlangen sei nicht richtig; die Regierung müsse zuerst die philosophische Fakultät hören. Er selbst werde das Winkeln des Erzbischofs unterstützen. Das die Sache aber von gar keiner großen prinzipiellen Bedeutung sein könne, wolle er durch ein Schreiben des Erzbischofs, Ordinarius kundthun. Im Oktober 1895 sei nämlich dort der Wunsch ausgesprochen worden, daß ein geistlicher Dozent der Philosophie angestellt werde; in diesem Schreiben heiße es dann: „Die Frage, ob der neue Dozent der Theologie oder der philosophischen Fakultät eingeleitet wird, berührt uns nur insofern, als uns daran gelegen sein muß, daß die Vorlesungen derselben vom Ministerium zu jenen philosophischen Vorlesungen gerechnet werden, von denen jeder Studierende der Theologie 3 zu befragen hat.“ — Was den künftigen Inhaber des Lehrstuhls für Geschichte betreffe, so könne er sich über die Verhältnisse des Lehrstuhls für Geschichte äußern. Er habe erklärt, sich mit einem Mann von der Richtung des Herrn Prof. Schuler zu beraten, das sei doch deutlich und klar genug. Die Vermutung seiner Erklärung entpöden habe oder nicht; nach dem der Sache glaube er, daß die Herren zurecht sein werden. — Aus dem interessantesten Lebenslauf, den der Abg. Fieser über das Unterrichtsministerium in den einzelnen badischen Staaten gegeben habe, gehe hervor, daß die badischen Universitäten bei aller Tüchtigkeit mit verhältnismäßig bescheidenen Mitteln auf der Höhe gehalten werden; es gebe aber aus der That, daß wir ja ein Hochschule und eine technische Hochschule zu erhalten haben, auch die Wohnung hervor, sich in den Grenzen zu halten, welche das Land ertragen könne.

Abg. Benckeb (Dem.) legt eingehend seine Anschauungen über die Jugendbildung und -erziehung dar. Er spricht dabei insbesondere lebhaft gegen alle Internate, die für die Charakterentwicklung sehr gefährlich seien, weil sie den jungen Mann von der Welt abgeisolieren halten und ihn dann jählings aus enger Abgeschlossenheit in den Strom des Lebens hinauswerfen.

Abg. Stübbe (nat.-lib.) nimmt die Internate in Schutz. Die aus den Lehrerseminaren hervorgehenden Männer seien zu mindestens 90 Prozent den im praktischen Leben an die verantwortlichen Aufgaben völlig gewöhnten. An die Stelle der Seminarerziehung etwa die Ausbildung der Lehrkräfte in Realhöfen treten zu lassen, wäre sehr unvorteilhaft. Man müßte dann auf den Gedanken kommen, eine Erhebung einzutreten zu lassen und die Lehrer für die Stadt und diejenigen für's Land getrennt auszubilden. Allein man solle ja nicht meinen, daß der Lehrer auf dem Land eine leichtere Aufgabe habe, als der in der Stadt. Im Gegenteil! Der Lehrer auf dem Land habe die schwerere Aufgabe, denn er müsse 5 Jahrgänge zugleich unterrichten, habe viel mehr Kinder als der Stadtlehrer zu beaufsichtigen und habe nur die Hälfte Zeit zur Verfügung. (Nur auf der Gallerie: Sehr richtig!) Wegen der Erteilung der Berechtigung zum einjährigen Militärdienst auf die Seminartische er nicht einzuwenden; aber er möchte die Regierung zugleich auf's eindringlichste bitten, dahin zu wirken, daß das auch vom Himmelwille auch die bisherige Einrichtung beibehalten werde, so daß die Seminaristen nicht genötigt werden, den einjährigen Dienst zu absolvieren, daß ihnen vielmehr die Möglichkeit bleibt, ihre Militärdienst auch künftig in 6 oder 7 Wochen abzumachen. Er glaube damit im Interesse sehr vieler Lehrer zu sprechen; wenn einzelne auch Einjährige werden wollen, so legen doch die Allermeisten großen Wert darauf, mit 6 Wochen fertig zu sein. (Auf auf der Gallerie: Sehr richtig!) — Redner wendet sich jedoch gegen einzelne Ausführungen des Abg. Benckeb, dem die Trennung von Kirche und Staat als ein Ideal vorkäme. Er wolle nicht in ferne Zukunft schauen, aber für unsere heutigen praktischen Bedürfnisse gehören Staat und Kirche zusammen wie Mann und Frau, wobei der Mann allerdings steigen müsse, doch er Herr im Hause sei. (Große Heiterkeit.)

Abg. Schuepfer spricht dem Herrn Minister seinen Dank dafür aus, daß er in der Honorarfrage für die technische Hochschule eine Aenderung zugegeben habe. Auch den Männern der Wissenschaft seien finanzielle Erfolge zu gönnen und den Idealisten könne man nicht mit Recht von jemand erwarten, daß er für ein geringeres Einkommen arbeite, während er anderwärts wesentlich höhere Bezüge hätte. Es wäre eine Ungerechtigkeits, wenn man nur als Wissenschaftsmann sollte zu Geld kommen dürfen, wenn man Bankier oder Bierbrauer sein möchte, um etwas Wichtiges vor sich zu bringen. Es sei im Gegenteil erfindlich, daß die Zeit vorbei sei, wo die Richter und Wissenschaftler den jetzigen chemischen Laboratorien hier durch einen Neubau gepredigt es liege da ein schreiender Mangel vor. Das Laboratorium sei nicht im Contrain, sondern hauptsächlich im Keller untergebracht und es sei

von einer Beschaffenheit, daß, wenn ein Privatmann Arbeiter in solchen Räume beschäftigen würde, der Fabrikinspektor längst denselben hätte schließen lassen. Es befinde die Vorrichtung, daß man Menschen nicht dauernd im Contrain beschäftigen dürfe, hier aber werde im Keller gearbeitet. — Seine Bemerkung darüber könne er nicht zurückhalten, daß der Abg. Wader mit seinen Ausführungen über die Lehrstühle der Apologetik und Patristik eine vollständig weit offenstehende Thüre mit langanhaltender, gewalttätiger Verdrängung aufgeschoben habe. Die Universitäten seien bei uns nicht konfessionell, man könne nicht sagen, daß Freiburg katholisch und Heidelberg protestantisch sei. Die Vererbung auf einen Stiftungsbrief, der vor ein paar hundert Jahren ausgestellt worden, wäre auch dann nicht begründet, wenn die Mittel für Erhaltung der Universität zum größten Teil aus dieser Stiftung stieße würden; der Staat habe das Recht und die Pflicht, die Universitäten unter allen Umständen nach den heutigen Bedürfnissen einzurichten. Neben kommt jedoch auf den von gegnerischer Seite als religionsfeindlich angegriffenen Darwinismus und führt aus, daß der Darwinismus sich mit der Unsterblichkeit der Seele überhaupt nicht befaßt. Ein Anhänger Darwins, der englische Gelehrte Kibb, betone in seinem Buche „Soziale Evolution“ geradezu, daß gemäß den Gesetzen, welche die Wissenschaft selbst fixiert hat, der religiöse Glaube bis ans Ende der Welt ein charakteristisches Merkmal unserer sozialen Evolution bleiben müsse; Kibb spreche die Hoffnung aus, daß durch die Religion die soziale Frage gelöst werde. Die Vorrede zu diesem Buche habe einer der berühmtesten Darwinianer unserer Zeit, Prof. Weismann in Freiburg, geschrieben. Wenn man dem Darwinismus vorwerfe, daß die Sozialdemokratie sich auf ihn stütze, so sei das ebenfalls vollständig verkehrt. Redner verweist auf das Buch von Prof. Dr. Fiebigler in Freiburg: „Die Naturwissenschaft und die sozialdemokratische Theorie, ihre Verhältnisse dargestellt auf Grund der Werke von Darwin und Haeckel“, und versichert, er habe nie etwas Besseres gegen die Sozialdemokratie gelesen; thätiglich gebe es auch gar keine Lehre, die zur Demokratie und Sozialdemokratie in größerem Gegensatz stehe, die aristokratischer sei als der Darwinismus. Der Ultramontanismus — das betone er allen vorgebrachten Klagen gegenüber — erstrecke nicht die Freiheit der Wissenschaft, sondern die Unterdrückung derselben, und das liege im Charakter der kathol. Kirche. Diese verachte den von ihrer Lehre und ihren Abweichenden nicht als einen Fremden, der bestraft, sondern als einen Sünder, der bestraft werden müsse. Entschuldig sei nur der, der im Glauben nie unterdrückt worden; wer aber geglaubt hat und anderer Meinung geworden ist, ist strafbar. Deshalb sei die kath. Kirche, wo sie die Herrschaft hat, überall unbillig, noch unbilliger ist sie, wo sie die Herrschaft hat, für die Freiheit eingetreten. Andere Richtungen niederzuhalten, das sei immer das Bestreben der kath. Kirche gewesen. Der Abg. Wader habe versichert, daß er der Unklarheitsvorlage keine Zähne nachgewiesen habe, und habe hinzugefügt, er habe aus den Vorgängen damals gelernt, daß es noch nicht an der Zeit sei, den Unglauben mit diesen Mitteln zu bekämpfen. Das „noch nicht“ sei ein sehr deutliches Licht; wenn der Ultramontanismus die Macht gehabt hätte, dann hätte er ohne weiteres zu jenen Mitteln gegriffen. Damit würde aber etwas geradezu Freireligiöses gehen, denn ein gewaltig erzwungener Glaube sei nichts nütze; die Kirche solle die freie Vereinigung der Gläubigen, aber keine Zwangsanstalt für Heuchler sein, was werden müßte, wenn der Staat seinen Arm dazu leihen würde, um die von den Kirchenleuten Abweichenden zu bestrafen. — Zur Erziehungsfrage lege Redner auf dem Standpunkt, daß er der Erziehung a u ß e r dem Internat den Vorzug giebt vor der im Internat, sofern die nötigen Garantien außerhalb des Internats gegeben sind. Man habe auch in der Armenpflege die Erfahrung gemacht, daß es besser sei, die Kinder in guten Familien als in Waisenhäusern unterzubringen. Wenn aber ein Bauer seinen Sohn bezogen werden lassen wolle und er müsse darauf sehen, ihn in Karlsruhe möglichst billig unterzubringen, dann seien für den jungen Mann oberhalb des Seminars ohne die nötige Aufsicht große Gefahren vorhanden und in diesem Falle seien soziale Internate sehr wichtig. Die Seminaristen seien auch nicht eingeperrt und vom Verkehr ganz abgeschlossen, sie können vielmehr Familienverkehr pflegen, sogar das Wirtshaus besuchen und haben zudem lange Ferien. — Betreffend den Kirchenbesuch des Lehrers, so möchte er sich hier dem Standpunkt Waders. Der Lehrer habe in der Schule den Religionsunterricht zu erteilen, und wenn er die Kinder dann auch in der Kirche beauftragte, so habe das nichts entwürdigendes. Der Abg. Wader habe mit dem Hinweis darauf, daß der Lehrer, wenn er die Kinder beauftragte, in seiner Anbahn geteilt sei, große Beifall erregt; der Abg. Wader habe darauf schon geantwortet, habe aber doch wohl übersehen, daß Waders Aneignung der natürlichen Ausübung des Höflichkeitsverhältnisses sei, in dem er sich zum Centrum befinde. Was die Frage der höheren Bildung der Lehrer betreffe, so sage er: Die Bildung je für den Menschen nur dann ein Glück, wenn er dieselbe im Leben brauchen könne, sie sei aber ein Fluch, wenn der Mensch in Verhältnisse komme, die seiner Bildung nicht entsprechen. Es gebe jetzt viele beneidenswert glückliche Straßenschullehrer; wollte man diese akademisch bilden, würde man sie nur tief unglücklich machen. Er sei der Meinung, daß die Volksschullehrer im Seminar einen solchen Schulsaß mitbekommen, daß sie nicht nur ihrem Beruf genähen seien, sondern sich auch selbst noch weiter zu bilden vermögen. — Von Moral ohne Religion sei viel gesprochen worden; allein historisch gebe es eine Moral ohne Religion gar nicht; auch die Moral des Aristoteles komme aus der Religion. An sich betrachtet sei die Moral eigentlich etwas Unvernünftiges; die Vernunft kann wohl lehren, das zu unterlassen, was Strafe oder Verdammung nach sich zieht, die Moral aber, die das Leben für die Lieberzeugung hindert, kommt nicht aus der Vernunft, sondern von etwas Höherem. — Die Meinung, daß die Menschheit gegenwärtig vom Idealismus immer weiter abkomme, teile er nicht; im Gegenteil seien Anzeichen genug vorhanden, daß die Menschheit sich von der Schwelgerei des Materialismus abzuwenden. Wenn sich viele von der materialistischen Schwelgerei, sondern der Religionsunterricht selbst Redner giebt einige Proben, welche Zumutungen einzelne Religionsbücher, a u ß a das am besten Gymnasium eingeführt, von Dr. Deber an die gläubige Vernunft denken; danach soll Kant gelehrt haben, der Mensch dürfe thun was ihm behage; Schiller, Göthe und Lessing werden als Beispiele für die Schlechtigkeit unserer Literatur aufgeführt, und die Jugend werde gelehrt, daß man auch in einer fremden Sprache, die man nicht versteht, andächtig beten könne. Was soll ein junger Mensch von solchen Zumutungen an die gläubige Vernunft denken? Es sei doch begreiflich, wenn er aus solchem Schwange herauszukommen strebe!

Präs. Günner teilt mit, daß von dem Abg. Wader und Gen. ein Antrag eingegangen ist, in Freiburg einen außerordentlichen Lehrstuhl für Apologetik zu errichten und die Mittel im Betrag von 1200 Mark zu bewilligen.

Die Sitzung wird hier abgebrochen. Schluß 1 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 9 Uhr.

Karlsruhe. Tagesordnung zur 76. öffentlichen Sitzung der 2. Kammer am Donnerstag, 16. April 1896, vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Beratung des Berichts der Budgetkommission über den Gesetzentwurf, der Ergänzung der Verfassung betr. Berichterstatter: Abg. Wülfels. 3) Fortsetzung der Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Groß- Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts: Titel 9 und 10 der Ausgaben und Titel 3 der Einnahmen. Berichterstatter: Abg. Fieser.

## Prozess Dreesbach.

II. S. d. H. Karlsruhe, 15. April.

Der Widerbeklagte Dreesbach giebt an, er sei in einer Weise angegriffen worden, wie nie zuvor. Dadurch sei er in eine sehr gereizte Stimmung gekommen und habe in Versammlungen in Hirschheim und Mannheim seiner Entrüstung Ausdruck gegeben. Die Absicht, die beiden Gegner zu befeindigen, habe ihm vollständig ferngelegen. Er habe auch niemals Namen genannt, sondern nur von den Nationalliberalen im allgemeinen gesprochen. Berichterstatter: Sie haben aber von Banditen und Strauchdieben gesprochen und die „Bad. Landeszeit.“ in einer Korrespondenz der „Bollstimm“ als „Zentralblatt Badens“ bezeichnet. Dreesbach: Was in dieser „Bollstimm“ steht, ist geistiges Eigentum des Redakteurs. Ich stehe diesen Notizen fern. Rechtsanw. Schneider: In Ihrer Erklärung betr. die





